Haushaltsrede 2012

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

Der vierte Haushalt der Stadt Billerbeck nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement, dem s.g. NKF liegt uns nun vor.

Ich möchte mich im Namen der CDU-Fraktion an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung herzlich für die geleistete Arbeit bedanken.
Ein besonderer Dank gilt dem Team der Kämmerei, allen voran unserem Kämmerer Peter Melzner.

Wir haben ein gutes Jahr 2011 hinter uns gelassen.
Dieses gute Ergebnis auf der Einnahmenseite haben wir vor allen Dingen einer sehr gut laufenden Wirtschaft zu verdanken. Die Gewerbesteuer befindet sich mit rd. 4,3 Mio. € auf einem sehr hohen Niveau. Der geschätzte Betrag für 2012 liegt bei rd. 4,9 Mio. €. Wir können nur hoffen, dass die positive Stimmung weiter anhält, wenn auch von vielen Seiten versucht wird uns vom Gegenteil zu überzeugen.

Gleichwohl beträgt das Defizit für 2011 rd. 800.000 TS€. Die Planungen für 2012 sehen ebenfalls nicht viel besser aus. Auch hier wird von einem voraussichtlichen Defizit von rd. 1,5 Mio. € ausgegangen.

Obwohl die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer deutlich mehr Geld in den städtischen Haushalt spült sinkt das Defizit nicht.
Und das liegt nicht daran das wir uns in Billerbeck irgendeinen Luxus gönnen.

Also taucht die Frage auf: Woran liegt das?

Zum einen finden wir eine Ursache in der neuen Haushaltsführung, dem s.g. NKF. Seit 2009 sind die Gemeinden verpflichtet eine Abschreibung auf die verschiedenen langlebigen Wirtschaftgüter vorzunehmen.
Für Billerbeck macht das immerhin einen Betrag in Höhe von rd. 1,8 Mio. € aus. Diese Summe ist in früheren Haushalten, nach dem „alten" Haushaltsrecht nicht zu veranschlagen gewesen.
Es lässt sich darüber streiten ob die Abschreibung für die Gemeinden Sinn macht oder nicht. Fest steht nur, dass diese Summe vor 2009 haushaltsmäßig nicht dargestellt war und damit den Haushalt auch nicht belastet hat.

Ohne Berücksichtigung dieses Betrages hätten wir nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt, sondern würden sogar noch Geld übrig halten.

Als weiterer Punkt ist in diesem Zusammenhang auch die geänderte Zuweisungspolitik des Landes zu sehen.
Demnach erhalten Städte und Gemeinden vom Land s.g. Schlüsselzuweisungen für allgemeine Aufgaben.

Die Rot/Grüne Landesregierung hat durch die Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes eine massive Verschiebung von Geldern vorgenommen.
Durch diese Verschiebung bekommt Billerbeck in 2011 statt der angenommenen 2,1 Mio. € noch 1,1 Mio. € vom Land. Das sind rd. 1 Mio. € weniger als zunächst angenommen und geplant.

In 2012 wird es noch besser. Da bekommen wir noch rd. 90.000 € vom Land.

Das Land NRW hat u.a. den s.g. Soziallastenansatz zugunsten der Ballungszentren geändert.

Nach einer Musterberechnung eines Kämmerers wäre die Ansiedlung von einem Hartz IV-Empfänger genauso viel an Schlüsselzuweisungen „wert“ wie die von 102 Arbeitnehmern.

Durch die neue Berechnung kommt eine erhebliche höhere Gewichtung des Sozialansatzes. Das heißt, dass Münsterland, mit dem geringsten Arbeitslosenanteil, wird Finanztechnisch vom Land bestraft, durch weniger Geld.

Die eigene Steuerkraft der Gemeinden, die im Münsterland vergleichsweise hoch sind, wirken sich nun nachteilig aus.

Meine Damen und Herren, dass ist ein Skandal!

Aus diesem Grund hat sich die Stadt Billerbeck mit einem Ratsbeschluss einer Klage von insgesamt 47 Städten und Gemeinde angeschlossen.

Ein zwischenzeitlich erstelltes Gutachten untermauert die ungerechte Verteilung. Das Oberverwaltungsgericht wird sich in Kürze mit der Klage beschäftigen. Das Ergebnis kann mit Spannung erwartet werden.

Für den Finanzausgleich 2012 wurden einige Parameter zugunsten der ländlichen Gemeinden überarbeitet. Gleichwohl hat sich an der Grundausrichtung der Berechnungsmethoden nichts verändert.
Die Ballungszentren werden gegenüber dem ländlichen Raum ganz eindeutig bevorzugt.

Die eigene Steuerkraft der Gemeinden, die im Münsterland vergleichsweise hoch sind, wirken sich nun nachteilig aus. Das bekommen wir in Billerbeck deutlich zu spüren.

Das ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die verantwortungsvoll mit denen ihnen anvertrauten Mitteln umgegangen sind.

Wir haben uns in den zurückliegenden Jahren immer wieder mit Kürzungen und Einsparungen beschäftigen müssen.
Eine Ausgabendisziplin ohne Gleichen. Eigentlich notwendige Ersatzanschaffungen und Unterhaltungen müssen in die Zeit gestellt werden, weil die Mittel nicht ausreichen.
Kürzungen in fast allen Bereichen. Bis hin zu Stilllegungen von Kinderspielplätzen.
Wo soll das noch hinführen? Was wird als nächstes geschlossen?

Nun hat der Rat beschlossen eine s.g. NKF-Steuerungsgruppe zu bilden. Die ersten Treffen haben bereits stattgefunden. Der Ansatz ist sicherlich gut und richtig.
Ziel soll es sein, unter Beachtung der vorhandenen Ziele für Billerbeck alle Bereiche und s.g. Produkte einer Überprüfung zu unterziehen.
Die Frage wird nun sein, wie weit und wo kann ich bereits zurückgefahrene Standards noch weiter zurückfahren um Geld zu sparen?

Bei allen Sparbemühungen, die sicherlich notwendig sind, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren wodurch Billerbeck weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt ist.
Billerbeck ist eine liebens- und lebenswerte Stadt und das soll auch so bleiben.

Doch nun zum Haushalt für das Jahr 2012.

Am 12. Januar 2012 wurde der Haushaltsplan durch die Bürgermeisterin in den Rat als Etatentwurf eingebracht.
Wieder einmal ein rein sachliche Darstellung der Zahlen und eine Vorstellung der längst beschlossenen und auf den Weg gebrachten Maßnahmen.

Wer für diesen Haushalt Ideen und neue Ansätze von der Bürgermeisterin erwartet hat, wurde wieder einmal enttäuscht.
Ich bin mir dessen bewusst, dass ich das bereits im vergangenen Jahr gesagt habe, aber leider stimmt es auch dieses mal wieder.

Die in diesem Jahr von der Verwaltung vorgelegten Änderungen bringen lediglich Verschiebungen zugunsten des Jahres 2012. Geplante Maßnahmen für die Folgejahre werden vorgezogen, um ggf. höhere Zuweisungen und Zuschüsse zu erhalten.

Eigentlich notwendige Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Stadt Billerbeck finden sich leider nicht im Haushalt wieder.

So sind zunächst lediglich die Maßnahmen des integrierten Handlungskonzeptes, die gewollt und auch benötigt werden, in den Haushalt eingestellt worden.
Die Stärkung der Innenstadt muss mehr in den Fokus genommen werden. Hier ist ein Konzept notwendig. Ein Konzept an dem alle Beteiligten sich einbringen müssen. Die Stadt alleine kann hier gar nichts bewegen.
Auch nicht mit der Einstellung von zusätzlichem Personal.

Es gilt die Bürgerinnen und Bürger mit einzubinden. Das sind schließlich diejenigen die für eine Belebung der Innenstadt sorgen können.
Wie muss die Innenstadt aussehen damit die Billerbeckerinnen und Billerbecker mehr in ihrer Stadt einkaufen.
Wir glauben nicht dass ein zusätzlicher Supermarkt den gewünschten Erfolg bringen wird.

Es gilt zunächst Bedarfe abzufragen. Wenn die Wünsche und Bedarfe bekannt sind, kann versucht werden diese umzusetzen.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob sich mit einer Neugestaltung der Fußgängerzone die Probleme von alleine lösen.

Sicherlich ist das Thema Barrierefreiheit ein wichtiges Thema für die Innenstadt und somit auch für die Geschäfte, glauben wir.

Glaubt die Kaufmannschaft das auch? Und ist die Kaufmannschaft bereit sich an einer Neugestaltung zu beteiligen?

Diese Frage ist als erstes zu klären. Auch vor dem Hintergrund, dass die Kosten für eine Neugestaltung nicht alleine von der Stadt getragen werden. Hier kommt auch auf die Immobilienbesitzer einiges zu.

Aus unserer Sicht ist zunächst ein Dialog zu führen und zwar unter Beteiligung aller Betroffenen.
Wir wünschen uns für diesen Bereich zunächst viele Gespräche und Ideen.

Es wäre wünschenswert, dass sich die Bürgermeisterin nicht nur auf Konzepte verlässt, sondern selbst aktiv wird, Firmen direkt, oder deren Dachverbände anspricht.

Neben der eigentlich wichtigen Innenstadtentwicklung sehen wir nach wie vor Handlungsbedarfe in dem Bereich der Stadtplanung.

Unser Baugebiet Gantweger Bach wird sehr gut nachgefragt. Die Vermarktung läuft sehr gut, besser als erwartet.

Wir wissen, das wir eine Menge Potential in unseren vorhandenen älteren Wohngebieten haben.

Angebote für bedarfsgerechte Wohnformen und Mehrgenerationenwohnen sind die Stichworte. In bestehenden Wohngebieten sehen wir exemplarisch entsprechende Umgestaltungsmöglichkeiten zur Verwirklichung dieser Ziele.

Hierdurch kann in erheblichem Maße zur Werterhaltung der Immobilien beigetragen und eine gewünschte Durchmischung vorhandener Baugebiete mit jungen Familien erreicht werden. Diese Perspektiven haben wir aufgegriffen und ein beispielhaftes Handlungskonzepte daraus entwickelt.
Wir hoffen dass dieses Projekt jetzt durch die Regionale 2016 aufgegriffen und weiter vorangetrieben wird.

Gleichwohl sind wir der Auffassung, dass wir damit alleine die Bedarfe nicht decken können. Wir sehen hier die Notwendigkeit weitere kleinere Neubaugebiete auf den Weg zu bringen, um auch Auswertigen mehr Möglichkeiten zu geben, sich in Billerbeck nieder zu lassen.

Das Thema Schulen ist in Billerbeck ein Dauerbrenner. Das ist auch gut so. Nach dem wir gemeinsam „Eine Schule für alle „ auf den Weg gebracht haben und viel Geld ín unsere beiden Schulen investiert haben geht es nun an unserer Grundschule weiter.
Es ist gut und richtig in diesem Bereich weiter zu investierten. Die Schulpauschale und die allg. Investitionspauschale helfen uns dabei weiter.

Gleichwohl ist aber auch der Ansatz richtig, keine neuen Schulden aufzunehmen. Die zur Verfügung stehenden Investitionspauschalen sind auszuschöpfen. Das als Obergrenze zu sehen ist der richtige Weg.

Meine Damen und Herren,

besondere Situationen erfordern besondere Maßnahmen.

Im vergangen Jahr wurde die Anhebung von vorhandener Steuern, wie z.B. der Vergnügungssteuer oder der Hundesteuer beschlossen.

Die Mehreinnahmen finden sich im Haushalt wieder. Zwar nur ein kleiner Beitrag, angesichts eines Defizits von 1,5 Mio. € , aber immerhin.

Wie bereits von der SPD angekündigt werden wir uns im laufenden Jahr mit einer neuen Steuer zu beschäftigen haben.
Die Idee eine Bettensteuer einzuführen ist nicht neu. Gerade in Billerbeck, mit rd. 60.000 Übernachtungen pro Jahr, eine gewinnbringende Maßnahme. Bei einer angenommenen Steuer in Höhe von 1,50 € pro Übernachtung, immerhin eine Einnahme von ca. 90.000 €.
Viel Geld für unseren städtischen Haushalt.

Aber, bringt eine solche Steuer wirklich nur Einnahmen? Oder ist es vielleicht so, dass sich negative Auswirkungen für die Billerbecker Wirtschaft, Billerbecker Vereine und den Tourismus bemerkbar machen die auf der anderen Seite zu Verlusten führen.

Die CDU ist bereit in einen entsprechenden Dialog mit den Beteiligen einzutreten. Hier gilt es sehr wohl Vor- und Nachteile abzuwägen und die Zumutbarkeit zu prüfen.
Wir verschließen uns einer solchen Idee nicht von Anfang an, sehen aber hier erheblichen Gesprächs- und Diskussionsbedarf.

Einer der größten Ausgabepositionen in unserem Haushalt ist auch in diesem Jahr wieder die Kreisumlage. Mit über 6 Mio. € ist das unsere größte Ausgabeposition.
Die in den vergangenen Jahren geübte Kritik an dem Kreis Coesfeld hat in diesem Jahr deutliche Erfolge gezeigt. Die Kreisumlage ist gesunken.
Das wir in Billerbeck mehr an den Kreis Coesfeld überweisen müssen, hängt mit unserer großen Steuerkraft zusammen.
Die Tendenz des Kreises Coesfeld, sich intensiver auch um die finanziellen Belange der Gemeinden zu kümmern, ist an dieser Stelle lobend zu erwähnen.

Die in 2011 im Rat, auch von der CDU mitgetragene Resolution in Richtung Kreistag hat Wirkung gezeigt.
Wir sind schließlich alle in erster Linie Kommunalpolitiker.

Kommunalpolitiker die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu vertreten haben.
Das ist gelebte Lokalpolitik.

In Ergänzung der familienpolitischen Maßnahmen von Bund und Land gilt es eigentlich, die Rahmenbedingungen im Lebensumfeld der Familien auch auf der kommunalen Ebene zu fördern und damit zu verbessern.

Insofern stellt sich die Familienpolitik aus unserer Sicht als Querschnittsaufgabe dar, in der sich auch die kommunalen Handlungsbereiche bündeln. Neben den Pflichtaufgaben der Kommune, z.B. vorhalten von Plätzen in Tageseinrichtungen, ausreichendes Schulangebot usw. , gibt es auch Handlungsfelder, in denen eine Kommune freiwillig zum Ausdruck bringen kann, bzw. sollte, dass ihr die Stärkung der Familien wichtig ist.

Vor diesem Hintergrund sehen wir nach wie vor die Einführung eines Familienpasses in Billerbeck. Und aus diesem Grund haben wir dafür bereits in 2009 einen Betrag in den Haushalt eingestellt.

Die Einstellung von Geld in den Haushalt durch den Rat der Stadt Billerbeck beinhaltet einen Arbeitsauftrag für die Bürgermeisterin und die Verwaltung.

Nun sind zwischenzeitlich zwei Jahre vergangen und die Politik hat immer noch keine Informationen erhalten.
Das Thema wird, wie viele andere Themen auch einfach ausgesessen.

Vorschläge, Ideen oder gar Konzepte – Fehlanzeige!!

So geht man nicht mit Beschlüssen des Rates um.

Aber Ziel erreicht. Durch die notwendigen Sparmaßnahmen ist auch dieses Thema dem Rotstift zum Opfer gefallen.

Meine Damen und Herren,

die Haushaltsplanberatungen mit den im Rat vertretenen Parteien waren aus unserer Sicht in diesem Jahr konstruktiv.
Es ging allen Parteien im Wesentlichen um grundsätzliche Punkte, und um eine sachliche Diskussion.

Die CDU Billerbeck trägt den eingeschlagenen Konsolidierungs-Kurs hier vor Ort mit und wird dem Haushalt für das Jahr 2012 zustimmen.

Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Für die CDU-Fraktion

Günther Fehmer
Fraktionsvorsitzender